

**Die Senatorin Bildung,  
Wissenschaft und Gesundheit**

Bremen, den 21.06.2012  
Bearbeitet von: Frederik Buscher  
Tel.: 361 4791

Lfd. Nr. L-49-187S-26-18

**Vorlage  
für die Sitzung  
der staatlichen Deputation für Gesundheit  
am 3. Juli 2012**

**Sicherstellung der Krankenhausversorgung in Bremerhaven durch Übernahme  
der gynäkologischen und geburtshilflichen Abteilungen des  
St.-Joseph-Hospitals durch das Klinikum Bremerhaven Reinkenheide**

**A Problem**

Träger und Geschäftsführung der St.-Joseph-Hospitals gGmbH haben mit Schreiben v. 06.06.2012 an die Planungsbehörde der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit mitgeteilt, dass die Schließung der Gynäkologie und Geburtshilfe am dortigen Standort aus betriebswirtschaftlichen Vorhaltegründen unverzüglich, spätestens mit Wirkung zum 30.09.2012 erfolgt und erklärt, den Versorgungsauftrag dann zurück zu geben. Durch die angekündigte kurzfristige Rückgabe des Versorgungsauftrags ist die Sicherstellung der Krankenhausversorgung Bremerhavens in diesen medizinischen Gebieten in Frage gestellt.

**B Lösung**

Um den Versorgungsauftrag für Bremerhaven lückenlos aufrecht zu erhalten, ist krankenhausesplanerisch vorgesehen, diese Disziplinen kurzfristig dem Klinikum Bremerhaven Reinkenheide ergänzend zu den dort Bestehenden zuzuweisen.

Damit würde auch der erklärten Absicht entsprochen, Mehrfachvorhaltungen des Bremerhavener Versorgungsstandorts abzubauen und Zentrumslösungen zu etablieren, d.h. ein "Frauen-Mutter-Kind-Zentrum" am Klinikum Bremerhaven Reinkenheide

einzurichten. Der Planungsausschuss wird sich in seiner Sitzung am 11. Juli 2012 damit befassen und die erforderlichen Beschlüsse zur Fortschreibung des Landeskrankenhausplans in Abstimmung mit den zu beteiligenden Verbänden vorbereiten.

Zur Beibehaltung der Versorgungssicherheit ist es auf Grund der Fristsetzung durch den Träger erforderlich, kurzfristig erhebliche investive Maßnahmen durchzuführen, so dass zum Zeitpunkt der zusätzlichen Übernahme der genannten Disziplinen baulich-infrastrukturell und hygienisch wie auch gesamtqualitativ angemessene Bedingungen erfüllt sind. Dafür müssen schon jetzt die baulichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Die Klinikum Bremerhaven Reinkenheide gGmbH hat auf Grund einer vorherigen Ansprache durch die St.-Joseph-Hospital gGmbH bereits die folgenden Kosten errechnet:

- a. für Stationssanierungen und -umstrukturierungen 1,2 Mio. Euro,
- b. für die Erweiterung und Umstrukturierung des Kreißsaals / Sectio-OPs 1,1 Mio. Euro
- c. für den Neubau der neonatologischen Intensivstation 2,1 Mio. Euro.

Zur Beibehaltung der Versorgungssicherheit soll im Jahr 2012 für die Sanierung und Umstrukturierung von Stationen (a) ein Zuwendungsbetrag in Höhe von 783.750 € aus dem Programm zum Umbau von Verwaltung und Infrastruktur (UVI) als Zuwendung des Landes zur Verfügung gestellt werden. Die Stadt Bremerhaven beabsichtigt einen Zuwendungsbetrag in Höhe von 391.875 €.

## **C Alternativen**

Eine Alternative zum vorgeschlagenen Verfahren ergibt sich nicht.

## **D Finanzielle Auswirkungen**

Es soll eine Mittelzuweisung aus dem Programm zum Umbau von Verwaltung und Infrastruktur (UVI) erfolgen.

## **E. Abstimmung**

Die Vorlage ist mit der Senatorin für Finanzen und dem Magistrat Bremerhaven abgestimmt.

## **F. Beschluss**

Die staatliche / städtische Deputation für Gesundheit stimmt der vorgesehenen Mittelverwendung zu.

Die staatliche / städtische Deputation für Gesundheit ermächtigt die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit, im Wege des Verwaltungshandelns die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für eine Landeszuwendung in Höhe von 783.750 € an die Klinikum Bremerhaven Reinkenheide zu schaffen.